



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/179 - 4.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039870

Zu den Fragen der CDU	S. 1
Wahlreform in Norwegen	S. 3
Soldatenverbände und Soldaten	S. 4

Antwort auf ein demagogisches Wahlmanöver

(sp) Der Bundesvorstand der CDU hat über die Pressestelle seiner Partei an die SPD und ihren Vorsitzenden vier "Fragen" gerichtet. Ihre unten wiedergegebene Fassung macht klar, daß sie weniger dem Wunsch entspringt, etwas in Erfahrung zu bringen, als der Absicht, etwas zu unterstellen. Besonders deutlich beweist das eine Erläuterung im Pressedienst der CDU, der in diesem Zusammenhang einen Vergleich zwischen Ollenhauer und Hitler zieht. Dies charakterisiert die moralische Seite der Angelegenheit. Die sachliche Qualität wird u.a. durch die absolut falsche Behauptung gekennzeichnet, der EWG-Vertrag sei "bereits Wirklichkeit geworden". Ollenhauer hat es unter diesen Umständen verständlicherweise abgelehnt, selbst auf dieses durchsichtige Wahlmanöver einzugehen.

Die Antworten auf die Fragen sind in den Bundestagsprotokollen über die Reden maßgebender sozialdemokratischer Politiker, in erster Linie des Vorsitzenden der Partei, niedergelegt. Zur Auffrischung des Gedächtnisses der Fragenden sei ihr wesentlicher Inhalt noch einmal kurz zusammengefaßt:

Frage 1: Glaubt die SPD zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ohne Zusammengehen mit den demokratischen Kräften der freien Welt kommen zu können?

Antwort: Nein. Die Auseinandersetzung geht aber um das **W i e** des Zusammengehens.

Die SPD hat sich nicht erst seit 1945 für die freie Welt und den Westen entschieden. Während Bundeskanzler Adenauer noch am 24.11.1948 in Berlin erklärte: "Mit wem das wiedererstarkte Deutschland zusammengehen wird, hängt davon ab, wie das übrige Westeuropa Deutschland behandelt", hatte die SPD mit ihrem erfolgreichen Kampf gegen die Kommunistische Partei ihren Standort längst eindeutig bezogen. Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie war zu **k e i n e r**

Zeit von dem Verhalten anderer Mächte abhängig. Im übrigen hängt die Wiedervereinigung in erster Linie von einer Vereinbarung der westlichen Mächte und der Sowjetunion ab.

Frage 2: Welche anderen Möglichkeiten sieht die SPD für das Zusammengehen mit dem Westen außer der von der Bundesregierung gewählten Zusammenarbeit, wie sie durch Montan-Union und Europäische Verteidigungsgemeinschaft bereits verwirklicht worden ist?

Antwort: Zunächst einmal ist die EVG keineswegs "bereits verwirklicht", diese Kleinigkeit haben die Frager im Eifer des Gefechtes übersehen. Im Gegenteil: Man lebt in einem politischen Wolkenkuckucksheim, wenn man nicht zugibt oder nicht zugeben will, daß sie praktisch bereits tot ist. Täglich bestätigen das neue gewichtige Stimmen auch des Auslandes.

B e v o r die endgültige Form des Zusammengehens mit dem Westen festgelegt wird, muß **j e d e** Möglichkeit genutzt werden, durch Verhandlungen mit der Sowjetunion eine friedliche Einigung zu erreichen. Sollte der Versuch wirklich scheitern, muß eine für die Bundesrepublik annehmbare Form der Zusammenarbeit mit **a l l e n** Nationen der freien Welt gefunden werden. Die SPD lehnt die Politik Adenauers ab, um jeden Preis und ohne Rücksicht auf eine grundlegend veränderte politische Situation die kleineuropäische Lösung durchzusetzen.

General- und EVG-Vertrag schließen ein Zusammengehen auf der Grundlage echter Partnerschaft aus. Sie bedeuten die Preisgabe der deutschen Handlungsfähigkeit in allen Fragen "in Bezug auf Berlin, Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands" (Art.2 General-Vertrag). Kein Vertrag zwischen der Bundesregierung und anderen Mächten darf daher eine Bindung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung enthalten. Die politische Handlungsweise Adenauers scheint im Gegensatz zu seinen Erklärungen eher von der Furcht vor als von dem Wunsch nach einem Gelingen der Vierer-Konferenz diktiert zu sein.

Die für die SPD einzig annehmbare Möglichkeit für das Zusammengehen mit dem Westen ist Gleichheit im Opfer, im Risiko und in der Chance. Die vertraglich verankerte Zusammenarbeit muß sich auf das **g a n z e** freie Europa und nicht nur auf fünf Partner beziehen. Deutsche Soldaten dürfen nicht, wie im EVG-Vertrag vorgesehen, einem Oberkommando

unterstellt werden, in dem es kein deutsches Mitspracherecht gibt. (Art. 18, §§ 1 und 2 EVG-Vertrag).

Die Sicherheit des deutschen Gebietes muß garantiert sein und darf nicht den Entscheidungen dieses Oberkommandos überlassen bleiben. Dr. Schumacher hat schon am 8. November 1950 erklärt: "Deutschland darf nicht das Vorfeld der anderen Länder Europas sein. Eine militärische Verteidigung ist nur auf der Grundlage der Gemeinsamkeit möglich". Diese Gemeinsamkeit schließt u. a. der Art. 5 des General-Vertrages aus, nach dem die Bundesrepublik das einzig "freie" Land ist, in dem Besatzungsmächte, wenn sie es wollen, die Regierungsgewalt übernehmen können.

Frage 3: Glaubt die SPD, daß die Sowjets überhaupt jemals zur Einsicht gebracht werden können, wenn man Viermächte-Verhandlungen und eine Wiedervereinigung fordert, ohne daß hinter dieser Forderung eine eindrucksvolle weltpolitische Position der Bundesrepublik steht, wie sie durch die Politik der Bundesregierung geschaffen worden ist?

Antwort: Die "eindrucksvolle weltpolitische Position der Bundesrepublik" besteht in Wirklichkeit darin, daß sie ein von drei fremden Mächten besetzter Landesteil Deutschlands ist, ohne Souveränität und außenpolitische Entscheidungsfreiheit, auf die die Bundesregierung für die kommenden fünfzig Jahre sogar durch eigene Unterschrift ausdrücklich verzichtet hat.

Die Einstellung der Sowjetunion zur deutschen Wiedervereinigung wird maßgebend nicht von der vermeintlichen Stärke oder tatsächlichen Schwäche der weltpolitischen Position der Bundesregierung beeinflusst, sondern in erster Linie von Faktoren außerhalb der Bundesrepublik.

Frage 4: Ist die SPD der Auffassung, daß Deutschland weder mit der Sowjetunion noch mit den Mächten des freien Westens zusammengehen soll?

Antwort: Politisch, wirtschaftlich und kulturell gehören die Bundesrepublik und ein wiedervereinigtes Deutschland zum freien Westen. Hier gibt es keine Neutralität. Aber die SPD erkennt ebenso wie übrigens der Bundeskanzler in seinem Brief an den amerikanischen Außenminister Dulles ein Sicherheitsbedürfnis auch der Sowjetunion an. Über die beste Form, in der ihm Rechnung zu tragen wäre, müßte eine Verständigung zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und den übrigen Mächten erfolgen. Die Behauptung, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei dazu bestimmt, den Sowjets Sicherheit zu geben, ist ein völlig neuer Einfall des Bundeskanzlers. Die in den Westverträgen festgelegte Politik der höchstentwickelten Stärke, die vielmehr die Sowjets zwingen will, eines Tages die von ihnen besetzte Zone freizugeben und die westlichen Besatzungstruppen nachrücken zu lassen, trägt das Risiko des Krieges in sich.

Zweierlei Wahlreform

RH - Stockholm, Anfang August

Die norwegische Arbeiterregierung hat knapp ein Jahr vor den neuen Parlamentswahlen eine sehr einschneidende Wahlreform vorgeschlagen. Sie wurde vom Storting ohne Gegenstimmen beschlossen. Auch die deutsche Bundesrepublik erlebte eine Wahlreform; es gab sogar eine ganze Reihe von Vorschlägen und von Einstimmigkeit konnte keine Rede sein.

Der Wahlreform-Entwurf der regierenden CDU/CSU lief darauf hinaus, durch eine Verfälschung der demokratischen Prinzipien die Sozialdemokraten zu benachteiligen und den Bonner Regierungsparteien eine weit über ihren Stimmenanteil hinausgehende Vertretung im Bundestag zu sichern. Was ist in Norwegen geschehen?

Das norwegische Wahlgesetz enthielt eine Schutzbestimmung für die Landgemeinden, die aus dem Jahre 1814 stammende Bauern-Klausel, derzufolge zwei Drittel der 150 norwegischen Parlamentsmitglieder von den Landgemeinden gewählt wurden. Infolge des rascheren Wachstums der Stadtbevölkerung hatte die Bauernklausel die Mandatverteilung immer undemokratischer gemacht. Interessanterweise war durch die Bauernklausel nicht das norwegische Bürgertum, sondern die Sozialdemokratie begünstigt worden. Bei den letzten Storting-Wahlen im Jahre 1949 hatte die Arbeiterpartei 45,69 Prozent aller Wählerstimmen auf sich vereinigt, im Storting aber 85 der 150 Abgeordneten stellen können. Diese verzerrte Mandatverteilung hätte die Arbeiterpartei gegen alle politischen Rückschläge in ihrer Mehrheitsstellung gesichert. Die Partei hat aber auf dieses unbillige Mittel der Mehrheitsbehauptung freiwillig verzichtet. Im November 1952 fiel die Bauernklausel; es wurde eine gerechtere Mandatverteilung beschlossen. Hätte schon 1949 die Bauernklausel nicht mehr bestanden, so wären auf die Arbeiterpartei statt 85 nur 76 Mandate entfallen, die bürgerlichen Parteien hätten nicht 65, sondern 70 Stortingsitze besetzt und die Kommunisten, welche im bisherigen Parlamente ohne Vertretung waren, hätten vier Abgeordnete erhalten.

Bei den kommenden Storting-Wahlen kann eine ganz geringfügige Verringerung der Wählerstimmen der Arbeiterpartei die absolute Mehrheit im Parlamente nehmen. Die Aufhebung der Bauernklausel, deren Beseitigung ohne Mitwirkung der Sozialdemokraten nicht möglich gewesen wäre, zeugt daher von der leuteren demokratischen Gesinnung der Arbeiterpartei und von ihrem festen Vertrauen in die Überzeugungskraft der unbestreitbaren Aufbauleistungen der norwegischen Arbeiterregierung.

Eine notwendige Feststellung zum Problem Soldaten-Verbände

-tt- Der Stahlhelm-Tag in Gießen und das Soldatentreffen in Hannover lassen die Gemüter nicht zur Ruhe kommen, und der Stimmen werden immer mehr, die darauf hinweisen, daß man an den Reden und an den Ausschließlichkeiten weder da noch dort vorübergehen könne, ohne mit allem erforderlichen Freimut zu sagen, daß es so doch wohl nicht weitergehen sollte. Durch solche Tagungen, oder besser: Durch die Organisatoren solcher Tagungen laufen - das scheint die doch immer allgemeiner werdende Ansicht zu sein - die Soldaten-Zusammenschlüsse Gefahr, in eine Bahn gelenkt zu werden, die weder diesen Verbänden selbst noch dem deutschen Soldaten an sich zuträglich sein können. Dabei soll - und es ist bezeichnend für die Vergiftung der Atmosphäre, die von interessierten Kreisen in die Diskussion hineingetragen wird, daß solche Feststellungen überhaupt erforderlich sind - gleich von vornherein gesagt werden, daß über die positive Haltung der SPD sowohl gegenüber den wirklichen Aufgaben solcher Soldaten-Verbände als auch gegenüber den Werten des Soldatentums keinerlei Meinungsverschiedenheit angebracht und erlaubt ist.

Aber die Aufzäumung von Tagungen wie in Gießen und in Hannover sowie das überschäumende nationale Pathos bestimmter Reden, müssen unweigerlich den entschlossenen Widerspruch all der Millionen deutscher Soldaten, die nicht Mitglieder der Soldaten-Verbände sind, und auch all der Millionen "ziviler" Männer und Frauen hervorrufen, die im totalen Krieg dessen Schrecken oft unmittelbar erlebt haben als manche "Uniformträger", um in einem jetzt wieder beliebt werdenden Jargon zu bleiben. Es ist nicht näher bekannt, wieviele ehemalige Soldaten sich in den Verbänden zusammengeschlossen haben, und auch die Zahlen über den Teilnehmerkreis der Verbandstagungen schwanken, so etwa für Hannover zwischen 5000 und 20000.

Die Frage, ob die Redner solcher Tagungen nun auch die Sprecher "des deutschen Soldatentums" sind, würde weder hier noch anderswo aufge-
rollt werden, wenn sich in solchen Reden nicht ein Ausschließlichkeitsanspruch zeigen würde, der allmählich unerträglich zu werden beginnt. Man wird für die bereitwillig zur Verfügung gestellten Erfahrungen und die aus profundem militärischem Wissen heraus gegebenen Ratschläge der Männer, die sich das Soldatsein als Beruf wählten, dankbar zu sein

haben. Man wird sich dieser Erfahrungen und Ratschläge gern bedienen und sie beherzigen, wann immer sie dem deutschen Volke zu helfen vermögen. Wo aber aus der Verstellung heraus, Politiker werden zu müssen, dieser nüchterne und sachliche Boden verlassen wird, um "Sprecher des deutschen Soldatentums" zu werden und als solcher Politik zu machen, da wird eine Grenze überschritten, die einfach nicht überschritten werden darf. Der zweite Weltkrieg hat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gezwungen, Soldat zu werden. Weit stärker als 1914-18 ist von 1939 bis 1945 der Begriff Soldat nach allen Seiten aufgesprengt worden.

Der Generalleutnant a.D. Reymann hat in einer großen westdeutschen Zeitung einem Journalisten, der "auch Soldat war" und der seine Bedenken über den Weg von Gießen und Hannover offen ausgesprochen hat, vorgeworfen, er habe noch nicht begriffen, "daß man unseren Stand nicht mehr mit unsinnigen Redensarten angreifen kann, ohne daß wir uns energisch zur Wehr setzen". Der Generalleutnant a.D. Reymann ist den Millionen deutscher Männer und Frauen, die von 1939 bis 1945 Soldat waren, genau so unbekannt wie der Obergefreite a.D. Lehmann. Dabei waren Reymann und Lehmann sicher beide tapfere Soldaten und beide haben als Soldaten geleistet, was von ihnen verlangt wurde. Was also heißt hier noch "Stand"? Die Tatsache, daß die ehemaligen Berufssoldaten heute eine Pension bekommen und die Lehmmänner nicht, weil sie Reservisten a.D. sind, läßt nach dem Erlebnis des zweiten Weltkrieges keinen "Stand" wieder entstehen, der die berechtigten Sorgen der Millionen Nicht-Berufssoldaten als "unsinnige Redensarten" abkanzeln dürfte. Noch dazu, wo die Pensionen der Berufssoldaten schließlich doch aus den Steuergroschen der Lehmmänner bezahlt werden.

Der schwerverwundete Frontsoldat des ersten Weltkrieges, Dr. Kurt Schumacher, hat dem Soldaten gegeben, was des Soldaten ist und er hat den Soldaten-Verbänden die Grenzen gesteckt, in denen sie zum Wohle ihrer Mitglieder wirken können und sollen. Diese Regelung hat nicht nur die Zustimmung seiner Partei, der SPD, sondern auch all der Millionen Soldaten gefunden, die überleben durften. Dabei wollen wir es doch bitte belassen. Im gemeinsamen Interesse.

Verantwortlich: Peter Raunau